

2529/J XX.GP

ANFRAGE

des Abgeordneten Anschober, Freundinnen und Freunde
an den Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie
betreffend Umweltaffäre in Enns

Um mehr als 1 Million Schilling kaufte eine Linzerin im Jahr 1995 ein Baugrundstück in Enns - laut Stadtgemeinde im Aufschüttungsgebiet. Beim Ausbaggern des Kellers wurde verdächtiges Material gefunden laut Gutachten des Landes teilweise krebserregende bzw. stark gesundheits- und umweltgefährdende Substanzen. Laut oberösterreichischer Landesregierung war die Deponie auf der dieses Haus errichtet wurde nur für Gipsabfälle und Bauschutt genehmigt. Die Firma Spatt, die die Deponie beschickt hat, dementiert, daß auf diesem Areal hochgefährliche Ableger der Chemie Linz entsorgt wurden.

Aus diesem Grund stellen die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie folgende schriftliche

ANFRAGE:

1. Ist das Umweltministerium bzw. das Umweltbundesamt über die Angelegenheit informiert?
2. Welche konkreten Testergebnisse über die Beschaffenheit der gefundenen Substanzen wurden vom Amt der oberösterreichischen Landesregierung verifiziert?
3. Um welche konkreten Mengen krebserregender bzw. stark gesundheits- und umweltgefährdender Substanzen handelt es sich?
4. Wann wurde die Deponie konkret betrieben und für welche Substanzen war sie genehmigt?

5. Konnte verifiziert werden, ob die gefundenen gesundheitsgefährdenden Substanzen aus der damaligen Chemie Linz stammen?
6. Welche Entschädigungszahlungen werden für die betroffene Familie vorgesehen?
7. Wer war für die Kontrolle in der Deponie verantwortlich?
8. Existieren in diesem Zusammenhang Grundwassermessungen im Umfeld dieser Deponie?
9. Zu welchem konkreten Zeitraum wurde die Deponie betrieben und welche Auflagen wurden erteilt, damit die Deponie geschlossen wird und das Areal in Aufschüttungsgebiet verwandelt wurde?